

Pressedienst Nr. 16471
Montag, 20. Februar 2023

Handelsabkommen zwischen EU und Neuseeland vor Ratifizierung	1
Moosbrugger kritisiert Anderls Pressestunde-Aussagen scharf	2
Petschar über herabwürdigende Aussagen der Arbeiterkammerpräsidentin empört	3
22 neue Sorten von heimischen Züchtern zugelassen	4

**EINEN TEIL DER AUFLAGE FINANZIERT
DIE NIEDERÖSTERREICHISCHE VERSICHERUNG**



Die Niederösterreichische
Versicherung

Handelsabkommen zwischen EU und Neuseeland vor Ratifizierung

Absatz von EU Agrar- und Lebensmittelexporten soll steigen

Brüssel, 20. Februar 2023 (aiz.info). - Die Europäische Kommission hat das geplante Handelsabkommen zwischen der EU und Neuseeland dem Rat zur Unterzeichnung vorgelegt. Kommissionspräsidentin **Ursula von der Leyen** wies auf die großen Chancen hin, die das Abkommen Unternehmen, Landwirten und Konsumenten auf beiden Seiten bietet. "Es wird auch dazu beitragen, gerechtes und grünes Wachstum, kombiniert mit beispiellosen sozialen und klimapolitischen Verpflichtungen, herbeizuführen. Auf diese Weise wird es den Industrieplan für den Grünen Deal fördern und uns dabei helfen, unser Ziel der Klimaneutralität bis 2050 zu erreichen."

Durch das Abkommen sollen alle Zölle auf EU-Ausfuhren nach Neuseeland abgeschafft werden. Für EU-Landwirte sollen sich deutlich bessere Möglichkeiten ergeben, ihre Erzeugnisse in Neuseeland zu verkaufen. Zölle auf wichtige EU-Ausfuhren wie Schweinefleisch, Wein und Schaumwein, Schokolade, Zuckerwaren und Kekse werden ab dem ersten Tag abgeschafft, heißt es von der EU-Kommission.

Zusätzlich wird in das Abkommen die vollständige Liste aller geschützten Wein- und Spirituosenbezeichnungen aus der EU (beinahe 2.000 Namen), wie Prosecco, Polska Wódka, Rioja, Champagne und Tokaji übernommen. Ferner werden 163 der renommiertesten traditionellen Erzeugnisse aus der EU mit geografische Angaben - etwa Käsesorten wie Asiago, Feta, Comté oder Queso Manchego, Istarski pršut (istrischer Schinken), Lübecker Marzipan, Elia Kalamatas (Oliven) - in Neuseeland geschützt, wird betont.

Das Abkommen trage den Interessen der EU-Erzeuger von sensiblen landwirtschaftlichen Produkten - Milchzeugnisse, Rind- und Schaffleisch, Ethanol und Zuckermais - Rechnung. "In diesen Bereichen wird es keine Liberalisierung des Handels geben. Stattdessen wird das Abkommen durch sogenannte Zollkontingente nur begrenzte Mengen von zollfreien Einfuhren oder Einfuhren mit niedrigerem Zollsatz aus Neuseeland erlauben", erklärt die EU-Kommission.

Mehr EU-Ausfuhren erwartet

Die EU erwartet, dass der bilaterale Handel durch das Abkommen bis zu 30% wächst, während sich die jährlichen EU-Ausfuhren um bis zu 4,5 Mrd. Euro erhöhen könnten. Die EU-Investitionen in Neuseeland könnten um bis zu 80% steigen. Das Abkommen kann Unternehmen in der EU ab dem ersten Jahr der Anwendung einen Zollabbau in Höhe von jährlich etwa 140 Mio. Euro bringen, teilt die EU-Kommission mit.

Valdis Dombrovskis, Exekutiv-Vizepräsident und Handelskommissar, hob die Bedeutung von neuen wirtschaftlichen Chancen für die Wettbewerbsfähigkeit Europas und die Diversifizierung von Lieferketten hervor, angesichts des sehr schwierigen geopolitischen Kontexts: "Dieses Abkommen der neuen Generation wird eine Fülle neuer Ausfuhrmöglichkeiten für Unternehmen - auch KMU - aus der EU sowohl bei Waren als auch bei Dienstleistungen eröffnen. Es enthält außerdem ambitioniertere Nachhaltigkeitsverpflichtungen als jedes bisherige Handelsabkommen."

Nächste Schritte

Nachdem der Rat den Beschluss über die Unterzeichnung angenommen hat, können die EU und Neuseeland das Abkommen unterzeichnen. Anschließend wird der Text an das Europäische Parlament übermittelt. Erteilt dieses seine Zustimmung kann der Rat den Beschluss über den Abschluss verabschieden. Sobald Neuseeland mitgeteilt hat, dass es das Ratifizierungsverfahren ebenfalls abgeschlossen hat, kann das Abkommen in Kraft treten. (Schluss)

Moosbrugger kritisiert Anderls Pressestunde-Aussagen scharf

Grober Affront gegen gesamte Berufsgruppe und gegen eigene Mitglieder-Interessen

Wien, 20. Februar 2023 (aiz.info). - Wie faktenbefreit und abfällig sich Arbeiterkammer-Präsidentin Renate Anderl gestern in der Pressestunde zum Thema Teuerungen bei Lebensmitteln, insbesondere Milch, zeigte, wertet der Präsident der Landwirtschaftskammer (LK) Österreich, **Josef Moosbrugger**, als groben Affront einer gesamten Berufsgruppe gegenüber.

Bauern nicht für populistische Schlagzeilen missbrauchen

"Als 'Sozialpartnerin' müsste Anderl mehr über die Zusammenhänge auf den Märkten wissen. Aussagen beim Thema Teuerung wie 'Jetzt soll mir mal einer sagen, ob wir weniger Kühe oder weniger Gras haben' lassen als einzigen Schluss zu, dass sie scheinbar noch nicht mitbekommen hat, wie sehr die hohen Gas- und Energiepreise alle Wirtschafts- und Lebensbereiche belasten - so auch Landwirtschaft, Verarbeitung, Transport und Handel. Auch Anderl sollte längst verstanden haben, dass es eine Zukunftsfrage ist, die fatale Abhängigkeit bei Gas und Energie mittels Erneuerbaren und Effizienz zu reduzieren und im Lebensmittelbereich zu verhindern. Und dafür brauchen wir eine lebensfähige, vitale Urproduktion", betont Moosbrugger.

Regionale Wertschöpfungsketten samt Arbeitsplätzen stärken

"Auch als Arbeiterkammer-Präsidentin sollte sich Anderl mit den notwendigen Strategien für Lebensgrundlagen wie Lebensmittel, erneuerbare Energien und Rohstoffe beschäftigen. Es ist eine unserer Kernaufgaben, die regionalen Wertschöpfungsketten mit all den Arbeitsplätzen funktionsfähig zu erhalten und zu stärken. Ein unverzichtbares Glied in der Kette ist dabei die land- und forstwirtschaftliche Urproduktion. Wer sich abfällig über die Herausforderungen unserer Bäuerinnen und Bauern äußert, lässt nicht nur Kompetenz vermissen, sondern gefährdet zigtausende Arbeitsplätze auch im vor- und nachgelagerten Bereich. Was die Arbeiterkammer-Präsidentin gestern von sich gegeben hat, ist auch völlig gegen die Interessen ihrer eigenen Mitglieder", bemängelt der LKÖ-Präsident. "Die wahren Ursachen für die Preisanstiege liegen nicht bei den Bäuerinnen und Bauern, sondern entlang der gesamten Wertschöpfungskette, nicht zuletzt auch an zu Recht gestiegenen Lohnkosten", so Moosbrugger.

Beleidigend und herabwürdigend für hart arbeitenden Berufsstand

"Die gestrigen Aussagen von Anderl waren darüber hinaus beleidigend und herabwürdigend für einen gesamten, hart arbeitenden Berufsstand, der sicherlich nicht zu den Großverdienern zählt. Ich

erwarte mir eine Klarstellung, denn mit dieser Haltung schädigt sie wertvolle regionale Strukturen, Arbeitsplätze und Lebensgrundlagen", wettet Moosbrugger.

"Ich lade Anderl ein, mit mir gemeinsam ein paar bäuerliche Betriebe zu besuchen, mit den Bäuerinnen und Bauern zu sprechen und sich ein realistisches Bild von der tatsächlichen Situation zu machen. Das soziale Gewissen, von dem manche immer so gerne reden, sollte nicht vor den Toren der Bauernhöfe enden. Nicht nur die Produktionskosten, sondern auch die Lebenshaltungskosten der Bauernfamilien sind im selben Ausmaß gestiegen wie bei allen anderen Berufsgruppen", so der LKÖ-Präsident abschließend. (Schluss) APA OTS 2023-02-20/10:36

Petschar über herabwürdigende Aussagen der Arbeiterkammerpräsidentin empört

VÖM: Milchwirtschaft ist Opfer der hohen Preissteigerungen

Wien, 20. Februar 2023 (aiz.info). - Als polemisch kritisiert die Vereinigung Österreichischer Milchverarbeiter (VÖM) die "herabwürdigenden" Aussagen von Arbeiterkammerpräsidentin Renate Anderl in der gestrigen Pressestunde im ORF, in der sie sich über die Preissteigerungen bei Milchprodukten im letzten Jahr verwundert zeigte. "Mit dieser Vorgangsweise verlässt die Arbeiterkammer die Rolle einer ernstzunehmenden Sozialpartnerorganisation", so VÖM-Präsident **Helmut Petschar**, der von der Arbeiterkammer mehr Respekt vor den Leistungen der Milchwirtschaft und den dahinterstehenden Bauern und Beschäftigten für ihre täglichen Leistungen einfordert.

"Die Milchwirtschaft ist auf allen Ebenen, in der Landwirtschaft, in der Verarbeitung und in der Logistik, mit enormen Kostensteigerungen durch hohe Energie- und Rohstoffpreise konfrontiert, beginnend bei den Vorleistungen, wie Düngemittel, Diesel, den Energieträgern Strom und Gas, Transportdienstleistungen, Verpackungen, verschiedenen Rohstoffen und Reinigungsmitteln sowie den Lohnkosten. Diese wurden erst mit Verspätung bzw. nur zum Teil in den Preiserhöhungen umgesetzt, was auch in einer um bis zu 10% geringeren Teuerungsrate bei Milchprodukten in Österreich im Vergleich zu Deutschland ersichtlich wird. Zudem sind die Unternehmensergebnisse der Milchverarbeiter weiter zurückgegangen", verdeutlicht Petschar.

"Ein Sozialpartner, der sich über Pflichtbeiträge aller Arbeitnehmer finanziert, sollte seine Verantwortung wahrnehmen, sich an konstruktiven Lösungen für die von der Teuerung massiv betroffenen Wirtschaftssektoren beteiligen und an einer auch in Krisenzeiten sicheren, heimischen Versorgung mit hochwertigen Lebensmitteln mitwirken, billige Polemiken sind nicht gefragt", so Petschar. (Schluss)

22 neue Sorten von heimischen Züchtern zugelassen

Gohn: Landwirte auf klimafitte Pflanzen und verbesserte Genetik angewiesen

Wien, 20. Februar 2023 (aiz.info). - 22 der insgesamt 81 in Österreich neu zugelassenen Sorten wurden von heimischen Züchtern entwickelt, berichtet Saatgut Austria. Vor allem bei Getreide, Kartoffel, Soja, Ölkürbis und Rispenhirse können die Mitglieder von Saatgut Austria Erfolge vorweisen. "Die Landwirte sind auf klimafitte Pflanzen und eine stetig verbesserte Genetik angewiesen, um die aktuellen Herausforderungen bewältigen zu können. Das ist die Voraussetzung für eine klima- und zukunftsfitte Landwirtschaft, die ihren zahlreichen Aufgaben nachkommen kann", erklärt **Michael Gohn**, Obmann von Saatgut Austria. Die Pflanzen müssten eine hohe Toleranz gegen Hitze und Trockenheit vorweisen, zunehmend widerstandsfähiger und gesünder werden sowie im Sinne der Konsumenten auch verbesserte Nährstoffgehalte haben. "Die österreichischen Züchter leisten dazu mit dem Züchtungsfortschritt einen wichtigen Beitrag", so Gohn. Aktuell sind 1.246 Sorten in der Österreichischen Sortenliste eingetragen.

Gegliedert nach den einzelnen Kulturarten sind bei der Wintergerste neun der insgesamt 60 Sorten neu zugelassen. Davon wurde eine von Saatzucht Edelfhof und zwei von Saatzucht Donau etabliert. Der Anteil österreichischer Züchter an den neuen Sorten liege bei dieser Kulturart laut Saatgut Austria bei etwa einem Drittel.

Bei Winterweizen kommen fünf der sieben neuen Sorten aus österreichischer Züchtung: Vier von Saatzucht Donau und eine von Saatzucht Edelfhof. Insgesamt sind 81 Sorten zugelassen. Die Saatzucht Linz trägt drei Maissorten zu den insgesamt 23 neuen Sorten bei. Aktuell sind 192 Maissorten in der Sortenliste eingetragen.

Bei der Sojabohne stammen fünf der neun Sorten, die neu zugelassen wurden, von der Saatzucht Donau und damit aus österreichischer Züchtung - aktuell sind hier 87 Sorten registriert. Gleich drei neue Sorten kann die Saatzucht Gleisdorf bei der Rispenhirse vorweisen. Damit stammen alle neuen sowie auch alle fünf aktuell zugelassenen Sorten aus österreichischer Züchtung. Je eine Sorte neu in den Sortenkatalog eingetragen haben die Saatzucht Gleisdorf beim Ölkürbis und die Niederösterreichische Saatbaugenossenschaft bei der Kartoffel. Somit sind jeweils 100% der neuen Sorten österreichischer Züchtungsursprung.

Für die Entwicklung von klimaangepassten Sorten trage zudem das Projekt "Klimafit" wesentlich bei, das Saatgut Austria mit dem Bundesministerium für Landwirtschaft, Regionen und Tourismus sowie den Bundesländern durchführe. "Ein nachhaltiges Agrarsystem ist nur mit einer innovativen Pflanzenzüchtung möglich. Die Züchter unterstützen die Ziele des Green Deals und tragen wesentlich zur Erreichung bei. Um diese Innovationskraft erhalten zu können, braucht es eine stärkere Berücksichtigung in den Strategien der EU-Kommission sowie einen Beitrag der Landwirte, indem sie Original-Saatgut verwenden. Nur dann ist auch künftig eine Finanzierung der aufwändigen Züchtung möglich", stellt Gohn klar. (Schluss)